

Russlands Zivilgesellschaft unter Druck - EU muss handeln

Die aktuellen Entwicklungen in Russland und die stetig anwachsenden Repressionen gegen Aktivisten und Organisationen der Zivilgesellschaft geben bereits seit Monaten Anlass zu großer Sorge. Was kann und sollte die EU tun, um NGO's aktiver zu unterstützen, ohne sie zu gefährden? Am 15. Mai 2013 habe ich Vertreter der russischen und europäischen Zivilgesellschaft, Vertreter der EU-Kommission, des diplomatischen Dienstes und des Parlaments zu einem Seminar nach Brüssel zu einer gemeinsamen Aussprache eingeladen.

Lilia Shibanova, Leiterin der Wahlbeobachtungsorganisation Golos (Moskau) sprach über die massiven Schwierigkeiten von NGOs in Russland. Das Problem liege in erster Linie im aggressiven Verhalten des russischen Staates allen Nichtregierungsorganisationen gegenüber, in denen er eine Gefahr für sich und seine Macht sieht. Dies kommt in den unterschiedlichsten Formen der Kontrolle zum Ausdruck, die immer stärker werden. In Reaktion auf die Massenproteste der russischen Bevölkerung wurden eine Reihe von Gesetzen z.B. zur Einschränkung des Demonstrationsrechts oder das „Gesetz über die ausländischen Agenten“ erlassen. Letzteres verpflichtet NGOs, welche politisch tätig sind und welche die politische Meinungsbildung in Russland beeinflussen, sich freiwillig als „ausländischen Agenten“ zu registrieren. Eine derartige Selbstbezeichnung wird von den NGO's abgelehnt. Aktuell laufen in Russland Massenkontrollen und schon mehr als 600 Organisationen wurden durchgesucht, verbunden mit der Pflicht, alle Unterlagen der letzten vier Jahre offenzulegen. Obwohl die Vereinigung Golos nicht kontrolliert wurde, wurde sie mit einem Bußgeld von 300.000 Rubel für die Nichterfüllung des Gesetzes zur Registrierung als „ausländischer Agent“ bestraft. Um dieser Pflicht zu entgehen, darf die Organisation innerhalb der letzten fünf Jahre keine finanzielle Unterstützung seitens ausländischer Geldgeber erhalten haben.

Eine Klage gegen das Urteil verlor Golos. Laut Shibanova sei das Ziel der Mächtigen, die Organisation gänzlich zu vernichten. Derzeit zeichne sich in Russland eine neue Stufe der Verletzung der russischen Verfassung ab. Entschieden werde nach Gutdünken und Gefälligkeit, es herrsche staatlicher Terror und es gäbe keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Die Situation in Russland ähnele der in den 30er Jahren.

Yuri Dzhibladze vom Zentrum für die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten (Moskau) verwies in seinem Statement auf die momentan in ganz Russland stattfindenden inakzeptable Menschenrechtsverletzungen. Er forderte die EU Institutionen auf, diese Situation am 3./4. Juni, während des EU-Russland-Gipfels in Jekaterinburg zu diskutieren, denn dort biete sich eine gute Gelegenheit an, die russische Führung mit den Problemen zu konfrontieren. Außerdem hielt Dzhibladze fest, dass sich mit der Rückkehr von Wladimir Putin ins Präsidialamt und den erlassenen Gesetzen das Leben der bürgerlichen Gesellschaft in Russland völlig verändert hat. Es entwickle sich in der russischen Politik eine Strategie der sog. negativen Mobilisation, welche mit der in den 90er Jahren vergleichbar sei, wobei vor allem kritische Medien, NGOs und Homosexuelle (LGBT) betroffen seien. Es stelle sich aber die Frage, was als nächstes in Russland geschehe. Die Arbeit der NGOs wird verhindert und die neuen Gesetze werden beliebig interpretiert. Putin sei sich aber bewusst, dass Russland für den Westen wichtig ist. Da davon ausgegangen werden kann, dass Putin sein Amt für lange Zeit auszuüben gedenke, sollte die EU einen Dialog mit Russland vorantreiben, der ihre Werte und Prinzipien in den Verhandlungen nicht zurückstellen dürfe. Besonders kritisch sei die Situation der russischen Medien und Justiz. Nur freie Medien seien in der Lage sein, konsequent auf die Ereignisse und Entwicklungen reagieren zu können.

Stefanie Schiffer (Europäischer Austausch, Berlin) verwies darauf, dass zum Zeitpunkt der Planung der Veranstaltung nicht absehbar war, dass sie in solchen schwierigen Zeiten stattfinden würde. Deshalb sei es heute wichtiger denn je, über dies Situation der russischen Zivilgesellschaft zu diskutieren. In ihrem Vortrag nahm Sie auf das vom Zivilgesellschaftsforum EU-Russland ausgearbeitete Positionspapier „European Solidarity for Russia's Civil Society“ Bezug und gab konkrete Empfehlungen für das Handeln der EU. Zu nennen seien:

- die Unterstützung der europäischen Mitgliedstaaten für NGOs in Russland;
- die Erhöhung der Fonds der EU-Kommission für russischen NGOs von 5 Mio. auf 20 Mio. Euro jährlich;
- die flexiblere Handhabung von Mitteln seitens der EU-Kommission für die russische Zivilgesellschaft;
- die Gewährleistung der EU-Mitgliedstaaten eines unbürokratischen Schutzes von NGOs sowie, wenn nötig, von politischem Asyl für Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten der Zivilgesellschaft, die in Russland gefährdet sind.
- zusätzlich zu den Projektfinanzierungen solle überlegt werden, wie institutionelle langfristige Unterstützung für Zivilgesellschaft geleistet werden kann

Die EU solle Russland als Partner betrachten und nicht nur abwarten, bis sich die Demokratie im Land entwickle, sondern schon jetzt agieren. Auch die EU-Mitgliedstaaten sollen über die aktuelle Situation in Russland intensiver diskutieren. Was heute in Russland passiert, sei ein komplizierter und langwieriger Prozess, der der EU große Verantwortung abverlange. Frau Schiffer bot an, eine kleine Expertengruppe zu bilden, die explizit mit der Kommission kooperieren könnte, um geeignete Maßnahmen und Projekte der EU zu identifizieren, die den neuen Bedingungen entsprächen.

Der Vertreter der EU-Kommission (Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit), und Referatsleiter des Menschenrechtsinstrument Jean Louis Ville berichtet aus der Arbeit seiner Abteilung. Seit über sechs Jahren beobachteten sie die Situation in Russland genau. Die Lage von Golos, die als erste Organisation den Sanktionen unterworfen wurde, sieht Jean Louis Ville als dramatisch an und fühle sich für die Organisation Schibanovas besonders verantwortlich. 300 Projekten wurden von der EU bisher finanziert. Dem „Gesetz über ausländischen Agenten“ fehle eine genaue Definition besonders der „politischen Aktivitäten“ von NGOs in Russland. Das sei auch für die Zusammenarbeit mit der EU ein Problem. Ville versicherte, dass die weitere Finanzierung von NGOs in Russland nicht gekürzt, aber auch nicht erhöht werden könne, weil es in Brüssel an finanziellen Mitteln fehle. Man brauche aber nichtsdestoweniger die Kooperation von russischer Seite, um EU

Maßnahmen überhaupt durchführen zu können. Im Folgenden stellte er einigen Finanz-Programme der EU-Kommission für die unterschiedlichsten NGOs in Russland vor. Seine Abteilung sei sich im Klaren darüber, dass die EU ihr System der finanziellen Fonds ändern müsse und werde. Ferner will die EU-Kommission auch weiterhin von außen und innen mit Russland kooperieren und zusammenarbeiten, obwohl der Ansatz „von außen“ zu arbeiten erheblich mühsamer sei. Leider stelle Russland keine Ausnahme dar, sondern reihe sich ein in die Lage von Ländern, in denen die Situation mit der Zivilgesellschaft ebenfalls kritisch sei (z.B. Belarus, Afrika.). Unbestritten davon werde die EU den Dialog mit den russischen NGOs auf unterschiedlichen Niveaus weiterführen. Darüber hinaus gebe es in der EU bereits ein Mechanismus, der Menschenrechtsaktivisten etc., welche in ihrem Heimatland in Gefahr sind, einen Zufluchtsort in einem der Nachbarstaaten ermögliche.

Als letzter Redner der Aussprache verwies auch Michael Pulch, Abteilungsleiter Russland des Europäischen Auswärtigen Dienst auf den hohen Stellenwert, den Russland in der EU einnehme. Dies sei bereits dadurch ersichtlich, dass innerhalb der letzten sechs Monate bereits zwei Gipfel mit Russland stattfanden, die eine Aussprache der Präsidenten über die Lage der russischen NGOs beinhalteten. Auf die Frage nach Handlungsoptionen der EU antwortete Pulch, dass die EU nicht nur Verständnis zeigen, sondern die russischen NGOs und Zivilgesellschaft ebenso ermutigen soll. Russland sei das größte Nachbarland der EU und in seinem Verhalten beispielgebend für andere postsowjetische Länder, die ihm nachfolgen oder sich an ihm orientieren. Pulch versicherte, dass die EU den nächsten Gipfel nutzen werde, um die derzeitige Situation noch mal zu diskutieren.

Es gilt nun, bei den nächsten politische Treffen in den kommenden Monaten aber auch bei den aktuell laufenden internen Finanzverhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament darauf zu achten, dass die Forderungen und Vorschläge, die auf der Konferenz diskutiert worden, bei allen Akteuren Gehör finden werden.



Seit der Veranstaltung sind wir schon wieder einen Schritt weiter gekommen, um aus Wünschen und Worten Taten zu machen: Das Europaparlament hat sich in einer Resolution mit großer Mehrheit zu den auch in dem Veranstaltungsbericht angeführten Forderungen bekannt: mehr EU-Gelder zur Unterstützung der Zivilgesellschaft, keine Visafreiheit für russische Dienstpassinhaber, solange der Fall Magnitsky nicht geklärt ist, sowie eine erleichterte Anerkennung politisch begründeter Asylanträge in der gesamten EU für russische Bürger. Das ist ein wichtiger Erfolg!

Autor: *Werner Schulz, DDR-Bürgerrechtler und Protagonist der politischen Umbrüche von 1989/90, sitzt seit 2009 für die Grünen im Europaparlament. Schwerpunkt seiner Arbeit sind die Beziehungen der EU zu Russland und den Post-Sowjetstaaten. Zuvor war Schulz langjährig im Bundestag, unter anderem als Parlamentarischer Geschäftsführer und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis/90 Die Grünen, aktiv.*

Kontakt: *werner.schulz@europarl.europa*